

FDP Wetterau

POLITIK MUSS KREATIVITÄT BEI TECHNOLOGISCHEN IDEEN FÖRDERN

11.01.2021

„Mittelständische Unternehmen wie ClimAir bilden das Rückgrat einer starken hessischen Wirtschaft und schaffen somit Wohlstand für unsere Gesellschaft. Die Bundes- und Landesregierung schnürt den unternehmerischen Freiraum durch neue Vorschriften und Maßgaben immer enger. Wir Liberale hingegen möchten unseren Unternehmen wieder mehr Raum zum Atmen geben“, konstatiert der Wetterau FDP-Landtagsvizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn bei seinem Besuch bei der ClimAir Plava Kunststoffe GmbH in Karben-Okarben.

Der FDP-Politiker aus Bad Vilbel hat bereits vor dem Lockdown zusammen mit dem stellvertretenden FDP-Kreisvorsitzenden Frei Messow aus Karben den Hersteller von PKW- und LKW-Zubehör besucht, um mit dem Gründer und Geschäftsführer Guido Hommel über die neusten Entwicklungen rund um das Unternehmen und über das Vorhaben des Unternehmens, künftig mit Produktionsabfällen seine Hallen zu heizen, zu sprechen.

Das Unternehmen, das 1970 gegründet wurde und mittlerweile rund 120 Mitarbeiter in Karben, 30 Mitarbeiter in Osnabrück und 5 Mitarbeiter in Schöneck / Hessen beschäftigt, ist seit Jahrzehnten anerkannter Zulieferer für die internationale Automobilindustrie. „Die Windabweiser und Sonnenblenden werden in mehr als 50 Länder vertrieben. So bedient ClimAir die Automobilindustrie mittlerweile mit mehr als 4.000 Produkten, immer an die Besonderheiten eines jeden Fahrzeugtypen angepasst“, erklärte Hommel den Liberalen.

Auf die Frage Hahns, ob die grassierende Pandemie die Geschäftszahlen negativ beeinflusse, antwortete der Unternehmer: „Glücklicherweise wurde unser Unternehmen durch die Corona-Pandemie kaum getroffen. Unsere Auftragsbücher sind rund zwei Monate im Voraus voll. Uns erreichen nach wie vor Aufträge aus aller Welt.“

Ein zentrales Projekt des Unternehmens sei die Produktionsrückstände künftig in einer eigenen Heizanlage zu verbrennen. Bei den Rückständen aus der Produktion von Windabweisern und Sonnenblenden handele es sich um Acrylglas, was wiederum größtenteils aus Öl bestehe. Täglich entstünden rund vier sogenannte „Big Bags“ voll mit Produktionsabfällen, die man leicht verbrennen könne. Früher seien die Produktionsrückstände noch etwas wert gewesen und anderweitig weiterverarbeitet worden. Derzeit würden die Abfälle aufwendig und kostenintensiv durch einen externen Dienstleister entsorgt, der Vorrat auf dem firmeneigenen Gelände wachse immer weiter an. Schuld sei ein neues Gesetz, das die Reststoffe als Abfall und nicht als Wertstoff beschreibe und so dass die Weiterverarbeitung unmöglich mache.

„Leider wurden wir bei unserer technologischen Lösung, dem Projekt ‚der Realisierung einer Verbrennungsanlage auf unserem Gelände‘ bisher von den zuständigen Behörden nicht unterstützt. Für das Thema fühlte sich keiner zuständig, aber jeder hat einfach so Bedenken“, berichtete Hommel. Mehrmals habe er an verschiedenen Stellen versucht, die gewünschten Vorgaben in Erfahrungen zu bringen. „Im Sommer haben wir uns dann per Brief an Ministerpräsident Bouffier gewandt, um von ihm zu erfahren, welche Behörde für die Umsetzung und Realisierung unserer Heizungsanlage der richtige Ansprechpartner ist.“ Im Nachgang seien Vertreter vom Umweltministerium und vom zuständigen Regierungspräsidium Darmstadt nach Okarben gereist, um sich die Problematik anzuschauen. „Man hat uns dann empfohlen, Kontakt zu einem Ingenieurbüro aufzunehmen, um dort die Planung einer Anlage auf gesetzlichen Vorgaben planen zu lassen“, informierte Hommel. „Das ist keine fachliche Beratung, das ist Verhinderung neuer Technologien“, so der FDP-Mann Hahn.

Jetzt habe man ein Büro in Biebertal bei Gießen, Ingenieurbüro Harry Wilhelm, mit den Planungen beauftragt. Die Firma arbeite mit einer österreichischen Firma zusammen, die derzeit die Verbrennung nachsimuliere. Wenn diese Simulationen abgeschlossen sind hofft Hommel, endlich einen Durchbruch zu erzielen und die eigene Heizanlage mit eigenen Restprodukten aus der eigenen Produktion realisieren zu können.

FDP-Landtagsvizepräsident Hahn, der die Entwicklung des Unternehmens schon seit Jahren begleitet und regelmäßig im Austausch mit der Geschäftsführung steht, sicherte seine Unterstützung zu. „Unsere mittelständischen Unternehmen brauchen eine bessere Unterstützung von Behörden und Politik, wenn es um die Umsetzung von zukunftsweisenden Projekten geht. Stattdessen belastet man die Unternehmen zusätzlich mit Bürokratie, neuen Vorgaben und Maßgaben, ohne selbst zu wissen, was gut oder schlecht ist“, sagte Hahn bei seinem Besuch. Es dürfe nicht sein, dass sich niemand für das Unternehmen bei der Umsetzung des Projekts zuständig fühle.

„Wir müssen künftig dafür sorgen, dass spannende Ideen von Unternehmen nicht mehr im mächtigen Verwaltungsapparat stecken bleiben“, forderte Messow eine bessere Unterstützung.